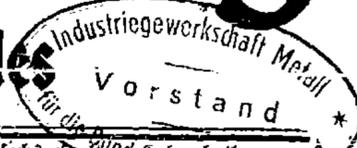


Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes



Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6908.

Anzeigengebühr für die sechsgezahlte Spaltenbreite:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 2,00 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der am 31. März in Stuttgart ausgebrochene Streik hat unter anderem auch die Folge gehabt, daß Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung, soweit sie von Stuttgart aus zu verladen ist, von der Post nicht angenommen wurde. Da wir nach Ausbruch des Streiks keine Postsendungen mehr erhielten, haben wir uns etwa noch zugesandte, für diese Nummer bestimmte Berichte und Anzeigen natürlich nicht berücksichtigen können. Zur Zeit, wo wir diese Nummer abschließen, ist noch unbestimmt, wann sie verandt werden kann.

Die Schriftleitung.

Bergesellschaftung

I.

Nicht nur jeder flarbenkende Arbeiter, sondern jeder aufrichtige Mensch- und Volkstreuend bietet mit Bedauern und blutendem Herzen nach den Orten Deutschlands, wo es infolge überhitzter und fanatischer Köpfe zu Blutvergießen gekommen ist. Wer, wie ich, ungefähr zwei Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung die Kämpfe selbst miterlebt hat, weiß, daß Meinungsverschiedenheiten jederzeit bestanden haben und auch in Zukunft bestehen werden. Es wäre ein trauriges Zeichen für die Arbeiterchaft, wenn sie alles kritiklos hinnehmen würde und nichts Neues an Stelle des Alten zu sehen hätte. Das nicht alles beim Alten geblieben ist, lehrt uns die Geschichte.

Unser großer Vorkämpfer Karl Marx hat mit der materialistischen Geschichtsauffassung die Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaft bloßgelegt und den arbeitenden Klassen den Weg gezeigt, den sie gehen müssen, wenn sie aus dem Elend, der Ausbeutung und Unterdrückung herauskommen wollen.

Durch die Revolution hat die Arbeiterchaft in Verbindung mit den Soldaten die Fesseln gerissen, welche ihr von den Feindern angelegt worden waren. Politisch ist der Arbeiter jetzt frei und gleich und mit ihm die Frau. Soll es so bleiben, dann muß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin mehr als bisher sich um Politik bekümmern, sich der Berufsorganisation anschließen. Damit ist aber noch nicht alles getan. Wir erstreben mehr. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen muß beseitigt werden; sie kann nur beseitigt werden, wenn anstelle des Kapitalismus der Sozialismus tritt. Die gegenwärtigen Unruhen in Deutschland sind zum großen Teil Kämpfe um die Verwirklichung des Sozialismus.

Ist es notwendig, daß sich die deutsche Arbeiterchaft, die früher der Arbeiterchaft der ganzen Welt zum Vorbild diente, im Bruderkrieg und Bürgerkrieg um die Früchte der Revolution bringt und damit zugleich die so notwendige Sozialisierung gefährdet? Nein, und abermals nein! Was wir brauchen, ist Einigkeit im Willen und Handeln. Wäre die deutsche Arbeiterchaft zur Wahl der Nationalversammlung als einheitliche, geschlossene Partei an die Wahlurne geschritten, wir hätten eine sozialdemokratische Mehrheit in Deutschland erreicht. Wir wären dadurch dem Frieden ein gutes Stück näher gekommen, hätten die jetzigen inneren Unruhen nicht und wären mit der Sozialisierung viel weiter als wir jetzt sind. Es wäre jedenfalls kein Arbeiterblut mehr geflossen und mancher Führer der Arbeiterbewegung wäre vielleicht noch am Leben. Deshalb möchte ich die deutsche Arbeiterchaft dringend ersuchen, den Bruderkrieg einzustellen.

Begraben wir die Streitart! Die Selbsterziehung muß ein Ende haben. Jetzt heißt es in die Zukunft blicken! Die Sozialisierung ist der Lebensnerv unserer Bewegung. Wir müssen alle unsere Kräfte zusammenfassen, um eine Wirtschaft planmäßiger Verwaltung durch die Gesellschaft für die Gesellschaft durchzuführen zu können. Das ist möglich; in nächster Zeit wird man in Sachsen, dem ehemaligen Provinzialland der Reaktion, dazu übergehen, den Sozialismus praktisch durchzuführen. Das ehemalige rote Königreich wird der Welt zeigen, wie sozialisiert werden muß. Dann werden die Zweifler innerhalb und außerhalb der sozialistischen Bewegung begreifen lernen, daß das Wohl der Menschheit nicht im Wahnsinn, sondern in der Vernunft liegt. Der Vollzugsrat (Zentralrat) des Landes, Arbeiter- und Soldatenrates der Republik Sachsen hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der sächsischen Volkskammer sofort nach ihrem Zusammentritt den vom Zentralrat ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Sozialisierung der gesamten sächsischen Volkswirtschaft vorzulegen. Da wir in Sachsen eine sozialdemokratische Mehrheit haben und auch die Regierung eine Erklärung abgegeben hat, die dahin geht, daß in Sachsen planmäßig und unverzüglich sozialisiert werden soll, so werden auch die anderen Bundesstaaten und das Reich dazu übergehen müssen. Planmäßig muß sozialisiert werden. Die Weisung der Sozialisierung nicht zu tun. Die Sozialisierung Sachsens ist nur eine Frage der Zeit. Sie kann sofort beginnen, wenn ein Zentralwirtschaftsamt geschaffen wird, damit die Sozialisierung einheitlich durchgeführt werden kann. Ein solches Zentralwirtschaftsamt muß mit den notwendigsten Vollmachten ausgestattet sein.

Die erste Aufgabe ist, alles was irgendwie mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängt, statistisch zu erfassen. Das Zentralwirtschaftsamt und mit ihm das Volk muß wissen, was an Grund und Boden, Gruben und Bergwerken, Rohstoffen, Maschinen, Verkehrswesen, was für Wasser- und elektrische Kräfte, was für menschliche und tierische Kräfte und dergleichen mehr vorhanden sind.

Heute haben wir so gut wie gar keine Statistik. In den Jahren 1896 und 1907 hatten wir Berufs- und Gewerbebeleg, das ist aber auch das einzige Gebiet, was uns statistisch gibt über das ganze Deutsche Reich. So ähnlich wie die Berufs- und Gewerbebelegung einheitlich über das ganze Land durchgeführt worden ist, so muß auf allen Gebieten, ganz gleich ob Produktion oder Konsumtion, vorgegangen werden. Auf Grund eines solchen Ergebnisses kann dann ein Wirtschaftsplan aufgestellt und durchgeführt werden. Es wird dann nicht mehr ziel- und planlos produziert, wie bisher, sondern es wird das erzeugt, was das Volk am dringendsten braucht. Dem einzelnen Bürger muß eine Mindestmenge an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, Vergnügen usw. gewährleistet werden, aber nur dann, wenn er arbeitet. Um alles dies zu ermöglichen, muß eine Nationalisierung auf allen Gebieten eintreten. Bisher waren die Methoden, nach denen sich die Arbeit des einzelnen vollzog, unvernünftig. Nehmen wir als Metallarbeiter z. B. einmal die Schrauben an. Es gibt eine Unmenge von Schrauben, jede hat anderes Gewinde. Wenn wir den zehnten Teil von den vielen Sorten hätten, so genigte das. Es könnte dann nicht nur an Rohstoff, Werkzeug,

Maschinen und dergleichen mehr gespart werden, wenn hier normalisiert und typisiert würde. Wie bei den Schrauben, so ist es fast bei allen Erzeugnissen.

Wissenschaft und Technik müssen in einer sozialisierten Wirtschaft alles aufbieten, um durch verbesserte Arbeitsverfahren in Verbindung mit praktischen Maschinen und Werkzeugen die Arbeitszeit zu verkürzen und die Ergiebigkeit zu steigern. Die Arbeit darf aber für den einzelnen, nicht wie es heute ist, eine Dual sein. Wenn der Arbeiter weiß, daß er für sich, für die Gesellschaft arbeitet, wird er seiner Tätigkeit eine größere Teilnahme entgegenbringen, als dies heute in der kapitalistischen Gesellschaft der Fall ist.

Die übergroße Mehrheit der 1600 Millionen Bewohner unserer Erde darbt und hungert trotz emsiger Arbeit, während eine kleine Minderheit von Nichtstuern herrlich und in Freuden lebt. In einem sozialistischen Gemeinwesen wird das alte Bibelwort Wahrheit werden, welches da lautet: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

Eine sozialistische Gesellschaft ist unmöglich ohne Arbeitspflicht. Alle müssen arbeiten, ohne Ausnahme. Wir brauchen deshalb ein Arbeitspflichtgesetz. Damit aber keine menschlich untraglichen und wirtschaftlich nutzlosen Härten entstehen, muß dieses Gesetz Erleichterungen und Sicherungen enthalten. Von einem bestimmten Alter an wird es keine Arbeitspflicht mehr geben. Ebenso müssen für schwache und kranke Personen besondere Betriebe mit kurzen Arbeitszeiten geschaffen werden. Ganz besonders werden in einem solchen Gesetz die Kriegsgeschädigten Berücksichtigung finden müssen. Wie überall, so wird auch hier die praktische Ein- und Durchführung uns eine Menge von neuen Anregungen geben. Wir werden immer und immer wieder vor neue Aufgaben gestellt werden. Aber davon dürfen wir nicht zurückschrecken. Unser Ziel muß sein: planmäßig sozialisieren zum Nutzen der Gesamtheit, zum Wohle der darbenenden und hungernden Menschheit.

Eine der wichtigsten und wichtigsten Punkte der Sozialisierung ist die Entlohnung der Arbeiter. Meiner Ansicht nach muß in der sozialisierten Gesellschaft die Entlohnung nach individuellen Leistungen bemessen werden. Damit verhütet man, daß die hervorragenden Kräfte der Wissenschaft und Technik auswandern in ein Land, wo noch nicht sozialisiert ist.

Die Entlohnung in der Uebergangszeit wird sich wie bisher in Form von Geld vollziehen. Je mehr aber die Sozialisierung fortschreitet, desto mehr wird das Geld in den Hintergrund gedrängt. Denn Sozialismus heißt Naturalwirtschaft. Sind nicht schon in unserer gegenwärtigen Zeit die Anfänge der Naturalwirtschaft vorhanden? Wer jetzt irgendwas kaufen will oder verkauft, treibt meistens Tauschhandel; er verhandelt Produkt gegen Produkt, Ware gegen Ware. Und wie steht es mit unserem Verhältnis zum Ausland? Das feindliche Ausland verlangt von uns nicht mehr Geld als Entschädigung, wie die Deutschen von den Franzosen im Jahre 1871, sondern es fordert von uns Naturalien, Eisenbahnwagen, Maschinen u. dergl. mehr. Die ganze Kriegszeit war auf naturalwirtschaftlicher Grundlage aufgebaut. Brauchte der Staat während des Krieges irgendeine Ware, so wurde sie beschlagnahmt. Vor dem Kriege erbob man erst Steuern, dann kaufte der Staat die Waren. Die Nationalisierung der Lebensmittel ist ebenfalls ein naturalwirtschaftlicher Zug.

Wir sehen, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten drängen von selbst zur Ausschaltung des Geldes. In der gegenwärtigen Gesellschaft ist der Hauptzweck die Profitmacherei. In der kommenden sozialisierten Naturalwirtschaft ist die Bedürfnisbefriedigung Hauptzweck. Das Geld brauchen wir nicht mehr, es muß verschwinden; die direkte Warenzuteilung läßt sich ganz gut durchführen. Die Hauptaufgabe eines sozialistischen Gemeinwesens muß sein, die Not zu beseitigen. Erst wenn dies hohe Ziel erreicht ist, werden wir darangehen können, Waren zu erzeugen, die es jedem ermöglichen, das Leben so angenehm wie möglich zu gestalten.

Nach ein Wort zur Entschädigung der Unternehmer. Die meisten Verfasser von Sozialisierungsentwürfen vertreten die Ansicht, daß die Sozialisierung durch Verstaatlichung vor sich gehen soll. Der Staat soll die Betriebe aufkaufen und die Unternehmer sollen nach dem vollen Werte ihrer Fabriken entschädigt werden. Betrachten wir aber diese Sache einmal etwas näher. Ein Teil des Ertrages eines Betriebes dient dem Lebensunterhalt des Unternehmers und seiner Familie, man nennt dies „Konsumquote“, der andere Teil des Ertrages dient der Erweiterung des Betriebes u. dergl. mehr. Dies nennt man „Kapitalisierungsquote“. Je größer die Erträge eines Unternehmens sind, desto kleiner verhältnismäßig der Anteil, den der Unternehmer konsumiert.

Wollen wir die Unternehmer entschädigen, so kann es sich nur um die Erhaltung der bisherigen Lebensweise handeln. Die Anschaffung, die Unternehmer abzuhängen, widerspricht sozialistischem Denken. Die Unternehmer sollen, soweit dies möglich ist, auch fernherhin, je nach ihren Kenntnissen und Fähigkeiten Verwendung finden; denn wir haben ja die Arbeitspflicht. Die alten und arbeitsunfähigen Unternehmer müssen allenfalls mit einer Rente abgefunden werden. Sollen Unternehmer durch Auswanderung sich der Arbeitspflicht entziehen, dann verlieren sie selbstverständlich jeden Anspruch auf Entschädigung. Durch ein Gesetz muß ohne Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit klipp und klar gesagt werden, wie diese Verhältnisse alle geregelt werden müssen zum Besten der sozialistischen Gesellschaft.

Große Aufgaben stehen uns bevor. Wir können sie nur lösen, wenn wir einig sind. Das sozialistische Proletariat muß sobald wie möglich zu einer Einigung kommen. Geschicht dies nicht, dann sind nicht nur die Errungenschaften der Revolution gefährdet, sondern auch das große Ziel, das wir uns gesteckt haben, die Verwirklichung des Sozialismus.

Jetzt, wo die Stunde geschlagen hat, die wir alle mit inbrünstigem Herzen erleben, jetzt sollen wir nichts Besseres zu tun haben, als durch Selbsterziehung dieses große Ziel zu erreichen zu machen? Das kann doch wahrlich nicht die Absicht auch nur eines einzigen Arbeiters sein, der sich auf den Standpunkt der sozialistischen Gedankenwelt stellt.

Sachsen ist in der Sozialisierungsfrage bahnbrechend vorgegangen. Bayern hat sich den Sozialisierungsplan Sachsens zu eigen gemacht. Beide Staaten werden die Sozialisierungsfrage gemeinsam behandeln. Andere deutsche Staaten werden und müssen folgen. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo wir mit der größten sozialistischen Republik der Welt: Rußland, in Verbindung treten werden. Zwischen allen diesen Staaten wird sich ein Kompensationsverkehr entwickeln, der dazu beitragen wird, daß sich der Sozialismus in der ganzen Welt durchsetzt. Die Worte unseres großen Vorkämpfers Karl Marx: „Proletariat aller Länder vereinigt euch“ müssen jetzt zur Wahrheit werden. Die Sozialisten Deutschlands sowie aller anderen Länder müssen jetzt beweisen, daß das Ziel der

Menschheit nicht in der Zersplitterung der Kräfte, sondern im Zusammenschluß liegt. Einigen wir uns zu dem Zweck, die Sozialisierung überall durchzuführen. Dann wird dieser Triumph den vollstänigen Sieg der wahren, der roten Internationale herbeiführen. Rich. Lang (Chemnitz).

II.

Die Sozialisierung der Betriebe wird unabweislich die materielle und politische Stellung der gesamten Arbeiterchaft günstig beeinflussen und nach und nach der Gesamtbevölkerung zum Vorteil gereichen, wenn das Mittel zum Zweck richtig gewählt, das ein langames Hinübergleiten an das eigentliche Ziel verbürgt. Dieses Ziel kann aber nicht erreicht werden, bevor die heute allerorts stark ausgeprägte Selbstsucht eingebämmt und jeder Volksgenosse, ob besser oder schlechter gestellt, sich mit dem Gedanken vertraut macht, daß sein lieber Nächster ganz genau dieselbe Lebensberechtigung besitzt wie er selbst. Das trifft jedoch heute nicht zu. Dem größten Teil der bestehenden Klasse waren die Lebensverhältnisse der Beschloßen gleichgültig, die Vertreter des Kapitals ließen keine sich bietende Gelegenheit unbenutzt, die Beschloßen noch beschloßener zu machen. Deshalb werden es die meisten dieser Kreise als eine große Ungerechtigkeit empfinden, wenn sie auf ihre ererbten Vorrechte verzichten sollen und müssen und mit dem Arbeiter im Betriebe bei seiner Sozialisierung auf die gleiche Plattform zu stehen kommen. Mit solchen Personen ist jedoch dem sozialisierten Betriebe nicht gedient. Da der Sprung vom erhabenen Standpunkt des Fabrikbesizers oder Direktors bis zur Gleichberechtigung mit dem schaffenden Arbeiter zu groß ist, wird die Folge mehr oder weniger Gleichgültigkeit an der Ertragsfähigkeit des Betriebes sein oder der Betreffende wird sich überhaupt zurückziehen. Wenn aber jeder Betrieb, der von der Allgemeinheit übernommen werden soll, eine neue Verteilung erhält, so werden unvermeidliche Rückschläge eintreten und es wird immerhin geraume Zeit beanspruchen, bis sie überwunden sind, das würde aber bei dem gegenwärtigen Stande unseres Wirtschaftslebens noch mehr drücken, wo es doch gerade jetzt darauf ankommt, rationell und gewinnbringend zu arbeiten. Wenn jedoch für eine zu bestimmende Übergangszeit keine unmittelbare Sozialisierung erfolgt, sondern nach zu schaffendem Gesetz der Gewinn oder die Dividende nicht mehr betragen darf als beispielsweise 6 v. H. und jeder höhere Gewinn vom Reiche als Steuer erhoben wird, so dürfte dem Reiche eine ganz erhebliche Summe zufließen, was der Allgemeinheit insoweit zugute kommt, daß dadurch die Steuerlast der Einzelpersonen nicht so hoch veranschlagt werden mußte, wie es das bei der Fall sein wird. Um jedoch die Ertragsfähigkeit der Betriebe nicht sinken zu lassen, wären für jedes Hundertstel Gewinn, das über sechs erreicht wird, 0,25 v. H. als Vergütung zu bewilligen. Ferner wären, um Verschleierungen zu verhüten, behördliche Bücherrevisionen vorzunehmen. Es wäre hier die Gelegenheit, wo die Betriebsräte zur Kontrolle und Überwachung in Tätigkeit treten könnten. Dadurch würde die Industrie vor Erschütterungen bewahrt, das Kapital würde sich allgemach an die neue Lage gewöhnen und der nachfolgenden vollständigen Sozialisierung weit weniger Groß entgegenbringen als bei rascher Verwirklichung.

Wie hier angeführt, müßte auch bei der Arbeiterchaft (geistigen und Handarbeitern) verfahren werden. Durch die sofortige Überführung in die Allgemeinheit würden erhebliche Schwierigkeiten im Lohn- und Arbeitsverhältnis entstehen, die ebenfalls nicht zu unterschätzen sind und die zu unliebsamen Störungen führen würden. Um dem zu begegnen, sollten vom Reich oder den Einzelstaaten Mindestlöhne festgesetzt werden, die ein auskömmliches Leben ermöglichen und auch sonst Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die die durch die lange Kriegsdauer geistig und körperlich sehr stark verminderte menschliche Arbeitskraft in weitgehendem Maße berücksichtigen. Das könnte zum Teil durch verbesserte Arbeitsverfahren ausgeglichen werden. In vielen Fällen wird der Arbeiter in der Lage sein, die Gestehungskosten bis zu 30 v. H. zu vermindern, wenn ihm die Möglichkeit geboten ist, nach seinen Erfahrungen zu schaffen und nicht, wie es in vielen Betrieben üblich, daß das Arbeitsverfahren oder die Reihenfolge der Ausführung einseitig vom Betriebsbureau vorgegeschrieben ist. Wenn auch die Technik weit vorgekommen, so ist sie doch ohne tüchtige Erfahrung niemals vollkommen. Durch einseitig ausgearbeitete Arbeitsreihenfolge-Vorschriften kann nicht einwandfrei und gut gearbeitet werden.

Weiter müßte der geistige und Handarbeiter, der auf Grund jahrelanger Erfahrung und Übung in der Lage ist, die Gestehungskosten eines Arbeitsvorganges zu vermindern, auch materiellen Nutzen haben beispielsweise in dem Maße, daß ihm 50 v. H. der eingesparten Gestehungskosten als besondere Vergütung auf eine bestimmte Zeit zufließen und 50 v. H. zur Erniebrigung des Verkaufspreises verwendet werden, was wieder der Allgemeinheit zugute käme. Dadurch würde die Ertragsfähigkeit bei vielen Betrieben erhöht werden. Auch würde das geistige Niveau der Gesamtarbeiterchaft gehoben, da jeder bei Aussicht auf besondere Einnahme schon des eigenen Vorteiles halber angepornt würde, rationellere Arbeitsmöglichkeiten zu erkennen, natürlich immer unter dem Gesichtspunkte möglicher Schonung der heruntergekommenen menschlichen Arbeitskraft. Um dem Aufbau in solchen Fällen vorzubeugen und um begründeten und erfolgversprechenden Arbeitsverfahren zum Durchbruch zu verhelfen, wäre hier ebenfalls ein weites Tätigkeitsfeld für den Betriebsrat, indem er mit dem betreffenden Ingenieur oder Meister die nötigen Vorkehrungen trifft. — Durch eine derartige Ausfüh-rungsform der Sozialisierung dürften schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens vermieden und die allgemeine Arbeitslosigkeit, wo doch Arbeit unsere einzige Rettung ist, gehoben werden.

R. A. Mannheim.

III.

Da man sich nun überall mit der Sozialisierung befaßt, ohne zu einem energischen Entschluß zu kommen und man darüber freuet, wann und auf welchem Wege es möglich, sowie welche Industrie dafür reif ist, so bin ich zu der Auffassung gekommen, daß auf dem jetzt eingeschlagenen Wege nichts möglich ist. Ich bin auch der festen Überzeugung aller gesund denkenden Arbeiter sicher, daß jede Produktion zu sozialisieren möglich ist, ohne große Opfer und ohne Kampf. Auf genossenschaftlichem Wege ist es zum Beispiel möglich, das Baugewerbe und das Arbeiterwohnungs-wesen zu sozialisieren. Man setzt sich mit den Konsumgenossenschaften in Verbindung. Die Konsumvereine treten als Verwalter und Vermittler in beiden Fällen in folgender Weise auf:

Die Bauhandwerker einer Stadt bilden eine Baugenossenschaft aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften, welche alle dem dortigen Arbeiterkonsumverein als Mitglieder beitreten. Der Konsumverein übernimmt das Kreditieren und die Verwaltung dieser Abteilung. Ein jedes Mitglied dieser Genossenschaft läßt sich bei der Volksgesamtheit verzeichnen und zahlt je nach Beschluß zum Beispiel 5 Pf.

die Woche auf sein Leben oder den Erlebensfall ein. Der Versicherungschein bleibt zur Haftung bei dem Konsumverein in Verwahrung oder besser gesagt als Geschäftsanteil dort hinterlegt. Diese Baugenossenschaft übernimmt den Bau von Arbeiterwohnhäusern für diejenigen Mitglieder des Konsumvereins, die sich verpflichten, ebenfalls in der Volksfürsorge ihr Leben zu versichern und mit der Versicherungssumme für die Anzahlung auf das Haus aufzukommen. Jede weitere Zahlung auf das Haus bei dem Konsumverein ist zulässig.

Damit wäre den Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, den wirtschaftlichen Kampf bedeutend zu erleichtern und die Summen der Streikunterstützungen zu vergrößern, weil dann mancher Streikdienst und Wohnung finden, durch die weitere Ausbreitung des Konsumvereins die Lebenshaltung des Arbeiters erleichtert wird und die Volksfürsorge einen großen Aufschwung nimmt.

So geht es auch in Industriebetrieben. Wo der Arbeitgeber behauptet, nicht bestehen zu können, hastet einfach jeder Arbeiter mit einer Versicherungssumme für einen Geschäftsanteil.

R. R., Weltmar.

Sitzung des erweiterten Beirats (Schluß)

Dritter Tag.

In der Fortsetzung der Aussprache über die Arbeitsgemeinschaften und unsere Stellung dazu führte ein Vertreter des 9. Bezirks aus, er sei nach den überzeugenden Ausführungen des Kollegen Cohen der Ansicht, daß die geeigneten Grundlagen für eine Arbeitsgemeinschaft gegeben seien und wir damit einverstanden sein könnten. Auch wir müßten dafür sorgen, daß die Industrie wettbewerbsfähig bleibe. Die Unternehmer hätten gewiß andere Ziele als wir, allein das wäre auch ohne Arbeitsgemeinschaft der Fall. Redner kommt auf die Arbeitsnachweise zu sprechen. Besonders handle es sich dabei um die Verwaltung und die Kosten. Weil die Arbeitsvermittlung eine gemeinnützige Sache sei, so sollte das Reich die Kosten dafür tragen. Was die Beteiligung der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen betreffe, so müsse das Verhältnisproblem gelöst werden. Bis jetzt verlangten diese eine Vertretung, wenn sie auch nur ein paar Mitglieder hätten.

Ein Bezirksleiter spricht gleichfalls über Arbeitsnachweise und weiter über die Arbeitsgemeinschaft in Sachsen. Die sächsische Industrie arbeite hauptsächlich für die Ausfuhr. Man habe sie daher nicht in Fachgruppen geteilt, sondern sie als Bezirksgruppe der A.-G. angeschlossen. Das werde sich auch in anderen Bezirken mit gemischter Industrie empfehlen. Dabei könne man besseren Einfluß gewinnen als mit Fachgruppen.

Ein Bezirksleiter bemerkt auf Ausführungen von Berliner Kollegen, daß die Dinge im übrigen Deutschland nicht so liegen wie in Berlin. Im 7. Bezirk habe man schon vor der Revolution Fühlung mit den Unternehmern und es wurden die Vorbereitungen zum Zusammenstoß getroffen. Die Unternehmer verlangten jedoch, daß die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen zugezogen werden. Es würde kein Vorteil für uns sein, wenn wir nicht bei bestimmten Fragen mit diesen Verbänden zusammengingen. Das sei schon notwendig gegenüber den Unternehmern, die jetzt einig seien.

Kollege Zernicke: Die Aussprache habe nicht gezeigt, daß man das Wesen und den Wert der Arbeitsgemeinschaft begriffen hat. Man klammere sich an Einzelheiten, die Cohen mitgeteilt habe. Wesen und Wert der A.-G. liege nicht in Kollektivverträgen und nicht in der Arbeitsnachweisefrage. Er fasse die A.-G. so auf, daß sie die Mitwirkung organisierter Arbeiter bei allen wirtschaftlichen Fragen bedeutet. Das sei der Kernpunkt. Dieses Ziel sei von den Arbeitern seit Jahrzehnten angestrebt worden, die Sozialdemokratie habe dafür seit ihrem Bestehen gekämpft. Durch die A.-G. sei dieses Ziel erreicht, wir hätten vollen Einfluß gewonnen. Von diesem Gesichtspunkte aus sei die Frage zu behandeln. Sie gliedere sich eigentlich in drei Unterfragen: 1. Wer soll Träger der A.-G. sein? 2. Ist die A.-G. überhaupt notwendig? 3. Wie ist die A.-G. auszubauen? Zu der ersten Frage empfehle uns ein Kollege des 6. Bezirks die Arbeiterräte, die durch die Gesetzgebung künstlich Rechte und Pflichten erhalten sollten. Es könne aber keine Rede davon sein, daß diese Räte Träger der A.-G. werden, sie können nicht Vertragsschließende sein, also nicht die Organisation, die eigentliche Vertretung der Arbeiterschaft ausschalten. Bei den Wahlen zu den Arbeiterräten werden die Gewerkschaften nicht ohne Einfluß bleiben dürfen. Diese Räte haben doch mehr einen örtlichen Aufgabenkreis, können daher für die A.-G. nicht in Betracht kommen. Neben den Arbeiterräten müssen in der A.-G. viele andere Fragen behandelt werden, die mit dem eigentlichen Arbeitsverhältnis nichts zu tun haben. Der Abschluß von Handelsverträgen, die Beschaffung von Rohstoffen, sozialpolitische Fragen spielen eine große Rolle. Diese Fragen seien bisher von den politischen Körperschaften behandelt worden. Die A.-G. werde ein Wirtschaftsparlament sein, das große Macht erlangen könne. Wir dürften uns nicht an die Satzungen des A.-G. anklammern, wie sie jetzt lauten, auch nicht an den Vortrag des Unternehmerrats Reichert. Es könne gar keine Rede davon sein, daß wir Opfer bringen, die Unternehmer werden welche bringen müssen. Wir haben die Revolution nicht verschlafen, sind vielmehr sehr munter gewesen. Die Revolution hat nur den letzten Anstoß für die A.-G. gegeben und den Widerstand der Unternehmer gebrochen. Wenn ein Berliner Kollege sagte, die A.-G. werde nur im Interesse des Kapitals wirken, so sei das kein sachliches Urteil. Wir hätten von jeher angestrebt, gleichberechtigte Träger zu sein. Nachdem wir das erreicht haben, könne man nicht davon reden, daß wir den Unternehmern eine Konzession machen, wenn wir mit ihnen gemeinsam beraten. Das wäre selbst dann nicht der Fall, wenn das Hauptziel der A.-G. Kollektive Arbeitsverträge wäre. In Berlin habe man sich prinzipiell gegen den Abschluß von Kollektivverträgen gewandt. Er könne es deshalb nicht verstehen, wenn ein Berliner Kollege unter diesen Umständen eine Druckaufsetzung fordere. Mit dieser soll doch auch der Versuch gemacht werden, die Verhältnisse des Berufs zu regeln, dann wolle aus dem Zustand des persönlichen Arbeitsvertrags herauskommen und bessere Arbeitsbedingungen erlangen. Wenn man den Kollektivvertrag als Prinzip ablehne, müsse man doch den bisherigen persönlichen Arbeitsvertrag ablehnen. Hier herrsche ein klärender Widerspruch. Wir würden Mittel finden, so behauptet man, in Berlin 20 Branchen herangezogen werden zu können, den Kollektivvertrag auszuweichen. Selbst wenn es richtig wäre, daß man den Kollegen nur die materielle Vorteile vor Augen führt, so sei das ein Beweis, daß man die Seele der Kollektivverträge beschneide. Mit dem Prinzip lassen sich die Arbeiter nicht auf die Dauer hinhaken. — Die A.-G. sei eine Zwangsgemeinschaft der neuen Zeit, aber noch nicht fertig. Wir müßten sie ausbauen. Auch wenn wir die rechtliche Befähigung erhalten, werde eine wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter nötig sein. In jeder Zeit muß die politische Überzeugung wandelbar sein. Wir dürfen uns nicht an den Kollektivvertrag, an Arbeitsnachweise usw. festhalten, sondern müssen höher streben. Die Satzung ist demagogisch worden. Sei eine Satzung nötig, so werden wir unsere Kräfte zur Geltung bringen. Das gelte auch für die Satzung nach Berlin. Die Interessen der Arbeiter seien jetzt auch verschoben, der Streit in ihrer Lager groß. Wir halten jetzt an dem Grundgedanken: Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Dabei müssen wir jedoch alle Arbeiter erschaffen, nur dann können wir die Gleichberechtigung erreichen. Durch einen Generalstreik gehe das nicht. Eine Industrie haben auch die Arbeiter keinen Einfluß, wird sie vernichtet, ist dieser auch dahin. Wir müßten gemeinsam mit den Unternehmern arbeiten.

Ein Berliner Vertreter fährt aus, es sei ihm völlig klar, daß die A.-G. nicht durch einen Konflikt erreicht werden sei, sondern daß die Revolution die Unternehmung vernichtet habe, auf eine A.-G. hingewirkt, so das Wirtschaftsleben zu retten, auf eine A.-G. hin zu bringen. Schon im Oktober hätten sich die Unternehmern mit diesen Gedanken beschäftigt und gefunden, daß sie unbedingt so schnell wie möglich die Hilfe der organisierten Arbeiter zu Hilfe nehmen müßten. Vom 16. November bis jetzt hätten sie dafür ein

ganz besonderes Interesse befindet. Das mahne zur Vorsicht, weil wir von den Unternehmern nichts Gutes zu erwarten hätten. Redner kommt auf die Rede des Sekretärs Dr. Reichert zu sprechen, der uns unbedingt zufriedene sein? Es wurde von demokratischer Gleichberechtigung in vollem Umfang gesprochen. In der A.-G. erblicke er diese nicht. Auf der einen Seite sei die kleine Gruppe des Kapitals, auf der anderen die große Masse der Arbeiter. Das sei keine Demokratie. Die Mitwirkung der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen sei vom grundsätzlichen Standpunkt aus zu betrachten. Ihre Mitarbeit sei für uns eine Gefahr, von ihren Anschauungen trenne uns viel. Bei der Zusammenarbeit mit ihnen würde der bürgerliche Standpunkt in den Vordergrund geschoben. Die A.-G. werde einen wesentlichen Einfluß ausüben, die Weiterentwicklung der Revolution zu hemmen. Wir hätten zu unterscheiden, was wir vorher anstreben und jetzt durch die Revolution anstreben können. Die A.-G. habe die Art an die Wurzel der Revolution gelegt, wir hätten ohne sie gleich viel größere Fortschritte erringen können. Das Räteystem sei auch nicht sein Ideal, wir müßten es jedoch ausbauen. Das brauche Zernicke sage, das Wirtschaftsleben müsse aufgebaut werden. Das Drängen der Arbeiter gehe jedoch zunächst dahin, daß sie ihrer Zahl entsprechend Einfluß erhalten. Die Unternehmer würden uns nicht mehr entgegenkommen, als sie für notwendig erachteten. Die Arbeiter würden bald erkennen, welche große Hemmung die A.-G. für die Entwicklung nach Freiheit sei, sie würden daher einen anderen Boden schaffen, und dieser sei das Räteystem. Die Berliner Stimmung finde sich nicht mit der heutigen A.-G. ab. Hinsichtlich der Kollektivverträge sei zu bemerken, daß sie diese nicht in Kauf und Hagen ablehnten, sie wollten sich nur nicht auf die Dauer binden. In diesem Grunde sei die Generalversammlung dagegen gewesen. Es werde eine Regelung angebahnt, aber nicht so langfristig. So lange keine gesetzliche Festlegung des Abkommens bestehe, entzündeten große Schwierigkeiten. Die Unternehmer scherten sich nichts um die Schlichtungsausschüsse. Für verschiedene Branchen schwebt das Abkommen in der Luft, weil es die Unternehmer nicht anerkennen. Redner glaubt, die wesentlichen Anschauungen geteilt zu haben, die uns trennen. Im Reiche möge die Stimmung anders sein. Für ihn kam es in Betracht, die allgemeinen Interessen der Metallarbeiter in den Vordergrund zu stellen. Er erkläre, daß sie sich nicht festlegen wollten, weil sie nicht wüßten, wie die Entwicklung gehe. Aus dem bis jetzt Erlebten müsse man schließen, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht für eine A.-G. sei. Wenn die Entwicklung sich später feststellen lasse, könne auch eine positivere Stellung eingenommen werden. Er wolle dem Vorstand kein Recht einräumen, so nach seiner, Redners, Auffassung die Entwicklung einen anderen Weg gehe.

Ein Bezirksleiter betrachtet die Satzungen der A.-G. auch als ein Provisorium. Es würde niemand behaupten, daß es die besten seien. Doch könnten sie ja geändert werden. Eine ähnliche Aussprache habe man im Jahre 1899 gehabt, wo es sich darum handelte, ob Tarifverträge abgeschlossen werden sollen oder nicht. Anfangs sei man dagegen gewesen, später habe man sich damit befreunden. Andere Organisationen hätten das Tarifwesen sogar sehr weit ausgebaut, das war bei uns nicht möglich. Der Widerstand der Unternehmer werde jetzt da am heftigsten sein, wo die Arbeiter nicht gut organisiert sind. In der Großindustrie würden Betriebsräte ersprießlich wirken können, wie sie im Handwerks- und Kleinbetriebe wirken sollen, könne er sich nicht vorstellen. Der Träger der Kollektivverträge und aller übrigen Aufgaben könne für die Arbeiter dieser Betriebe nur die gewerkschaftliche Organisation sein. Die Arbeiter wünschten eine Besserung ihrer Verhältnisse, das sei nach unserer jetzigen Wirtschaftslage völlig unmöglich. Das müsse man den Arbeitern unumwunden sagen. Durch die A.-G. müssen wir versuchen, die Wirtschaftslage zu bessern. Zum Abschluß von Kollektivverträgen brauchten wir die A.-G. nicht. Was die Kosten des Arbeitsnachweises betreffe, so sei es gleichgültig, wer sie bezahle. Wenn die Vertragschließenden nicht aufbringen, müßten sie durch Steuern erhoben werden. Wir müßten uns aber von der Staatsbürokratie freimachen.

Ein Vertreter des 5. Bezirks bemerkt, die Ausführungen der Vorredner hätten seine Ansicht bestätigt, daß wir nicht genügend Informiert worden seien. Man hörte nur, daß bereits in einzelnen Bezirken Fachgruppen gebildet worden seien. Wenn der Vorstand anfangs nur an ein Provisorium gedacht habe, hätte er eine andere Stellung einnehmen müssen. Bezüglich der Hirsch-Dunderschen und Christlichen seien er und eine Anzahl Redner der Ansicht, daß wir nicht mit ihnen zusammengehen dürften. Früher seien wir stolz darauf gewesen, unsere Pläne allein durchzuführen. Redner erwartet vom Vorstand und den Angehörigen des Verbandes, daß sie der Frage der Arbeiterräte mehr Aufmerksamkeit zuwenden, um das Vertrauen der Arbeiter wieder zu gewinnen.

Ein Berliner Vertreter sagt: Der Unterschied zwischen ihm und Zernicke bestehe darin, daß er, Redner, den Wert der A.-G. niedrig einschätze, dagegen die Arbeiterräte hoch bewerte. Wenn die A.-G. praktisch arbeiten solle, müssen wir die breite Masse des Volkes bestimmen lassen, was notwendig sei. Auch wir streben an, die Wirtschaft in Gang zu bringen, jedoch nicht Hand in Hand mit den Unternehmern. Zugleich soll eine Bestandaufnahme aller Rohstoffe unter Leitung und Kontrolle der Arbeiter erfolgen. Das sei das Unvermeidliche, um die Betriebe wieder in Gang zu bringen. Man müsse den Arbeitern Einsicht in die Bücher geben und sie daraufhin kontrollieren lassen, ob sich die Betriebe reuieren oder nicht. Dann werden sie begreifen, was notwendig ist. Bei der A.-G. hätten sie nicht das Recht, den Störungen der Produktion nachzugehen. Er behaupte, daß die Unternehmer und die Reichs- und Staatsbehörden Sabotage getrieben hätten. Mit der A.-G. trieben wir dem Glend wieder in Gang zu bringen, dazu gehörten auch die geistigen Arbeiter. In den Arbeiterräten sei das alles vorhanden. Würden diese mit geschickten Rednern ausgestattet, könnten sie zu unseren Gunsten wirken. Ein Räteparlament mit gesetzlichem Einspruchsrecht sei besser als die A.-G. Der Arbeiterrat stehe in enger Fühlung mit der Arbeiterschaft, unsere Organisation könne das nicht. Die Entscheidung müsse in der Hand der Arbeiter liegen. Bezüglich der Metallarbeiterkonferenz sei zu sagen, daß wir, wenn wir nur einen persönlichen Arbeitsvertrag wollen, die Organisation überhaupt nicht gebrauchen. Sie seien nicht gegen Kollektivverträge, nur wollten sie sich nicht in dem Maße binden, wie es im Berliner Vertrag geschehe. Andere Verträge brauchten eine solche Bindung nicht zu haben. An den guten Willen der Unternehmer glaube er nicht, ihr Einfluß werde immer größer sein als der der Arbeiter. Diesen Einfluß könnten wir nur mit dem Gehalt der Arbeiterräte beseitigen.

Ein Bezirksleiter findet keinen Grund zur Ablehnung der A.-G., er halte die Arbeiterräte nicht für die richtige Stelle, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Allerdings gebe das Räteystem die Möglichkeit, mit der A.-G. zusammen zu arbeiten. Man brauche nur keine Gegenstände zu konstruieren. Zum Beweise dafür verweise Redner den Antrag, der für den Abschluß des Streiks in Mitteldeutschland gestellt worden sei. Das Räteystem müsse doch einen Boden haben, aus dem es Kräfte ziehen könne. Das seien die Gewerkschaften. Die Aufgaben der Betriebsräte seien doch die gleichen wie die der jetzigen Arbeiterausschüsse. Redner verweise weiter in Mitteldeutschland abgeschlossene Vereinbarungen. Sogar könne er es nicht verstehen, wie man gegen die A.-G. sein könne.

Kollege Cohen fährt im Schlußwort aus: Auf eine Reihe von Fragen brachte er nicht einzugehen, weil sie von den Vorrednern erledigt worden seien, zum Teil auch nur örtliche Verhältnisse betreffen. Gegenüber dem Berliner Vertreter müsse er bemerken, daß ein Tarifvertrag ein Provisorium sei, das man zu spielen verstehen müsse. Wenn sich die Berliner Kollegen mehr Erfahrungen angeeignet haben, werden auch Bedingungen zugänglich werden, werden sie mit der Berliner Person für die Betriebsräte dürfen wir uns nicht auf die Betriebe beschränken. Man könne in einem kleinen Betrieb 10 tüchtige Kollegen haben, während in einem großen Betrieb ein einziger tüchtiger Kollege vorhanden sei. Schon aus diesem Grunde werden Betriebs-

räte verlangt. Die Ingenieure und die sonstigen Fachleute ein Betriebsrat vertragen die Handelspolitik usw. viel besser als unsere Kollegen. Diese würden von jenen Herren, wie man zu sagen pflegt, mit Leichtigkeit „eingewidelt“ werden. Unsere Kollegen seien auch nicht imstande, die Geschäftsbücher eines großen Betriebes zu verstehen. Diese Dinge könnten nicht so rasch begriffen werden. Müßt die Kollegen da erst eingewidelt werden, dann werde das von den Profuratoren usw. so geschoben, wie er es haben will. Auf dem Wege auf dem unsere Kollegen nicht zu Hause sind, sollten wir kein Mitbestimmungsrecht verlangen. Wir müßten also die Kollegen ohne Beachtung der Betriebsgrenzen ausfinden. A.-G. und Arbeiterräte seien keine Gegenstände, diese werden nur künstlich geschaffen. Die Gewerkschaften seien die Waffen der Arbeiter zur Vertretung ihrer Angelegenheiten, andere könne es nicht geben. Den Massen Konzessionen zu machen, daß man glaube, etwas anderes sei besser, habe er für falsch. Was den Betriebsräten sofort zugewiesen werden müsse, sei die Durchführung besserer Verhältnisse in den Betrieben. Der letzte Berliner Vertreter wisse freilich ganz genau, daß es sehr schwer sei, den Kollegen etwas „zu“ zu machen. Im allgemeinen werde nicht genug getan zu ihrer Aufklärung. In einer Versammlung verständiger Kollegen sei eine Klärung ohne weiteres möglich, aber heute sei es so, daß der, der etwas gegen die Auffassung der Arbeiter sagt, als Verräter behandelt werde. So sei man auch damit kretzel gegangen, daß er, Redner, bei seinem jetzigen Posten von den Unternehmern bezahlt werde. Das sei jedoch nicht der Fall. Aber auf eine andere Gefahr wolle er hinweisen. Von wem werden die Betriebsräte bezahlt? Die Unternehmer bezahlen doch die Löhne dieser Leute. Wir dürften aber nicht glauben, daß da nicht mancher den Gefahr unterliege, mehr zu nehmen, als ihm eigentlich zustehe und dafür im Interesse des Unternehmers zu handeln. In diesem Punkte lägen Erfahrungen vor. Da gesagt worden sei, in Berlin sei das Kollektivabkommen durch die Anordnung niedriger Mittel zustande gekommen, erläutere Redner die Vorgänge. Er habe am gleichen Tage erklärt, den Abschluß eines Kollektivabkommens könne ein Beschluß der Berliner Generalversammlung nicht hindern, solche Abschlüsse seien eine statutarische Angelegenheit, und wir würden auch zukünftig nach dem Statut handeln. Bezeichnend sei, daß die Kollegen, die den ersten Kollektivvertrag abgeschlossen haben, dem Beruf des Kollegen angehören, der hier Vorwürfe erhebe. Auch von der Branche der Schlosser ist der Tarif angenommen worden, das sei keine kleine Branche. Redner erinnert ferner an die Former, die 40000 Arbeiterinnen, an die Werkzeugmacher, diese wichtigste Branche. Bezeichnend sei auch, daß gerade die Gruppen, die leicht erfolgreich seien, das Abkommen nicht angenommen hätten. Ein Vorredner habe die Internationalen zitiert, auf die wir mehr Gewicht legen sollten. Da müsse doch gesagt werden, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband der Stamm für die Metallarbeiter-Internationale war, an dem sich die Verbände des Auslandes anknüpfen. — Wenn bei den Arbeitsnachweisen niemand als die Beteiligten dreinreden solle, dann wäre es das Beste, daß sie auch die Kosten tragen. — Kollege Zernicke habe auf die ungeheure Wichtigkeit der Behandlung wirtschaftlicher Fragen in der A.-G. hingewiesen. Davon waren wir bisher ausgeschlossen, durch die A.-G. kommen wir da zur Mitarbeit. Hinsichtlich der Fachgruppen müßten noch Änderungen geschehen. Die A.-G. sei schon zu Anfang des Krieges von Genosse Leypart in einer Vorstandskonferenz angeregt worden. Nachdem die Unternehmer eingesehen, daß ihr alter ablehnender Standpunkt nicht mehr aufrecht zu erhalten sei, konnten wir sie nicht abweisen. Wie seien übrigens im Frieden Vereinbarungen zustande gekommen? Nicht aus Liebe zu uns. Das würde auch jetzt nicht der Fall sein. Seien wir einig, dann würden wir in der A.-G. alles erreichen. Wenn wir uns aber um das Prinzip streiten, werden die Unternehmer die lachenden Dritten sein. Wir hätten noch viel Unklarheit zu beseitigen, dürften nicht in den Fehler verfallen: Die Arbeiterräte, die A.-G. Wem übrigens das Wort Arbeitsgemeinschaft nicht passe, möge es übersehen in Arbeitskammer. Der Name sei doch gleichgültig. Unser Einfluß würde nicht durch Resolutionen kommen, sondern durch praktische Arbeit und Beratung aller Leute, die ohne Vereinbarungenheit an die Sache herantreten. Wer erst alles zerkümmert und dann aufbauen wolle, mit dem sei nichts zu erreichen. Nur wer ehrlich am Aufbau der deutschen Wirtschaft arbeiten will, sei uns willkommen. Die in der Arbeiterkraft schlummernden Kräfte seien durch Belehrung zu heben. Er stimme nicht mit dem Berliner Kollegen überein, der sage, die Entwicklung gehe nach links. Die Entwicklung des Wirtschaftsgetriebes läßt sich nicht von links oder rechts beeinflussen, sie folge ihren eigenen Gesetzen. Eine politische Revolution könne über Nacht geschehen, nicht aber eine wirtschaftliche. Uns könnte gar kein größeres Unglück geschehen, als wenn das Bürgertum uns über Nacht alles in den Schoß werfen würde. Einen Gegensatz zwischen A.-G. und Räteystem könne er nicht entdecken. Das Mittel des Streiks haben wir jetzt in der Hand, wenn die Unternehmer uns dazu zwingen. Gegenüber den Berliner Kollegen bemerkt Redner, sie sollten sich von vorgefaßter Meinung frei machen, dann fänden wir uns zusammen in dem Gedanken, das zu nehmen, was sich bewährt und dieses Bewährte auszubauen. Den Ungebildigen müßten wir klar machen, daß auf den ersten Sieb kein Baum falle, daß aber alles geschehen müsse, was möglich sei und die Entwicklung zulasse. Mit Grundrissen allein könnten wir bei den Arbeitern auch nichts erreichen, sie wollten materielle Erfolge erzielen. Wer Lebensmittel bringe, sei ihr Mann. Die vorhandene Mißstimmung sei berechtigt, wir müßten vor der Verelendung, der wir nur durch Lebensmittel begegnen könnten. Um diese aber zu erhalten, müßten wir arbeiten und daher auch in der A.-G. mit den Unternehmern zusammenwirken.

Kollege Reichel: Da der Gedanke der A.-G. von verschiedenen Rednern angesprochen wurde, sei eine Abstimmung notwendig. Er werde darüber abstimmen lassen:

1. Ob der Beirat die A.-G. für erstrebenswert hält und ob der Vorstand berechtigt ist, weitere Verhandlungen in dieser Frage zu pflegen auf Grund der Ausführungen von Cohen, daß die gewerkschaftliche Organisation die richtige Stelle dafür ist.
2. Ob die Hirsch-Dunderschen und Christlichen im Verhältnis zu ihrer Stärke an der A.-G. mitwirken sollten.

Der Ziffer 1 wurde mit 20 gegen 4 Stimmen zugestimmt. (Einige Beiratsmitglieder waren schon vorher zur Abreise gezwungen.) Der Ziffer 2 wurde bei einigen Enthaltungen zu 6 gestimmt. Die Berliner Kollegen erklärten dazu, daß sie sich der Stimme enthalten, weil sie die erste Frage verneint hätten.

Es kam dann zu einer Aussprache über die Zwangsmaßnahmen der Funktione des Eisenbahnerverbandes zum Übertritt unserer Mitglieder.

Kollege Pawlowitsch führte dazu aus, daß der Eisenbahnerverband entgegen einem Beschluß der Vorstandskonferenz arbeite und unsere Mitglieder auch ohne Abmeldung übertreten läßt. Es sei dafür zu sorgen, daß die Eisenbahner ihre Maßnahmen unterlassen.

Kollege Zernicke: Nach dem Statut des Eisenbahnerverbandes müsse eine ordentliche Abmeldung beim andern Verband erfolgen. In der Abmachung, die wir am 23. September 1916 mit ihm abgeschlossen, wird ausgedrückt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband keine Mitglieder über den Übertritt zum Eisenbahnerverband unterrichtet. Das sei übersehen. Wir hätten die Vereinbarung getreulich eingehalten. Das bedinge jedoch Gegenseitigkeit. Nach Gründung des Eisenbahnerverbandes haben wir uns bereit erklärt, ihn zu unterstützen und haben unsere Mitglieder den Übertritt freigestellt. Diese Vereinbarung müsse jetzt, nachdem die Verhältnisse ganz andere geworden sind, der Zwang des Staates in Wegfall gekommen ist, durch eine neue ersetzt werden. Er eruche, die einzelnen Fälle unzulässiger Einwirkungen und Maßnahmen dem Vorstand mitzuteilen. Heute könne der Eisenbahnerverband genau so behandelt werden wie alle anderen Organisationen.

Kollege Scheffler bemerkt, die Eisenbahner müßten sich auf die Vereinbarung berufen. Aber seit der Revolution müßten wir den Eisenbahnerverband als eine freie Gewerkschaft betrachten und dementsprechend handeln.

Kollege Schumann: Der Eisenbahnerverband müsse in sein Statut das Streikrecht aufnehmen. Er persönlich stehe den Übertrittern unantastbar gegenüber. In den kleinen Verwaltungsgleichen

sei man bestrebt, die Mitglieder zu behalten, man wolle sie nicht ohne weiteres wieder abgeben.

Kollege Jernicke: Wir haben den Eisenbahnerverband mitgegründet und haben dabei auf die Vernunft und die Entwicklung gebaut.

Kollege Pawlowitsch: Ob der Eisenbahnerverband das Streikrecht in seinem Statut hat oder nicht, ist ziemlich gleichgültig.

Kollege Philipp: In Breslau habe man auch Angelegenheiten mit diesem Verband gehabt.

Kollege Reichel: Der Vorstand werde das Nötige veranlassen damit war die Tagesordnung erschöpft.

Kollege Reichel schloß darauf mittags 1 Uhr die Sitzung mit der Überzeugung, er glaube, daß auf dem Boden gegenseitiger Verständigung und gutem Willen ein Zusammenwirken für unsere Organisation möglich und zweckmäßig sei.

Lohnverhältnisse in der neuen Wirtschaftsordnung

Alford- oder Lohnarbeit?

Anschließend an die Aussprache in der Metallarbeiter-Zeitung über die Art der Entlohnung, ob Alford- oder Zeitlohn, werfe ich die Frage auf, ob es nicht an der Zeit ist, die Lohnfrage, als die Kernfrage der Arbeiterbewegung, von weiteren Gesichtspunkten aus zu betrachten, als es bisher geübt wurde.

annimmt. Es liegt im Wesen der Demokratie und des Sozialismus, daß die Massen für die Reformen reif sein müssen, daß die Reformen aus dem Schoß der Massen heraus geboren werden und so Leben und Gestalt gewinnen.

Es wird in letzter Zeit besonders viel die Behauptung aufgestellt, daß wir unbedingt wieder Alfordarbeit haben müssen, um dadurch Anreiz zur Arbeit zu bekommen, was ich meinerseits einfach als Blödsinn finde.

Rudolf Bläse (Wilhelmsburg a. Elbe).

In verschiedenen Nummern der Metallarbeiter-Zeitung wurde manches für und wider über die Abschaffung der Alfordarbeit geäußert, mit mehr und weniger guten Gründen ihre gänzliche Beseitigung gefordert.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gegen die Vorwoche um 0,08 v. H. der berichteten Mitgliederzahl zurückgegangen.

Die Zahl der krank gemeldeten Mitglieder beträgt wie in der Vorwoche 1,03 v. H. der berichteten Mitgliederzahl.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 13. April der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. April 1919 fällig ist.

Für die Bezirksleitung im vierten Bezirk wird zum sofortigen Antritt ein

Bezirkssekretär

gesucht. Die Bewerber müssen mit allen Einrichtungen des Verbandes vertraut, insbesondere agitatorisch tätig sein, schriftliche Arbeiten (Tabellen usw.) für Verbandszwecke anfertigen und in der sonstigen Korrespondenz bewandert sein.

Wir weisen die Kassierer der Ortsverwaltungen darauf hin, daß mit der Quartalsabrechnung die vollgelebten Mitgliedschaftsausweise, für die Mitgliedsbücher ausgestellt wurden, als Belege an die Hauptkasse einzusenden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts folgenden Ortsverwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 3 columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich, Beginn der Beitragserhebung. Row: Rastenburg, 20, 1. April.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Delmenhorst: Der Dreher Rudolf Protz, geb. am 26. September 1868 zu Bremerhaven, Buch-Nr. 2,765/28, wegen Denunziation und unkollegialen Verhalten.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Zinkgießer Hermann Schulze, geb. am 6. Juli 1866 zu Berlin, Buch-Nr. 2,259/58, wegen Durchbrechung von Wertbestimmungen.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zutug ist fernzubalten: von Schmieden, Schlossern, Polierern und Padern nach Schmalkalden (Magnetsfabrik S. Braun).

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Behängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Metallarbeiter.

Ahlen i. Westf. Wer die Verhältnisse in Ahlen kennt und schon in Ahlen gearbeitet hat, der weiß, daß es für die Metallarbeiter hier schlecht bestellt war. Rießen doch die Löhne und die Einrichtungen in den Betrieben viel zu ruhmlos übrig.

Rundschau

Der Sinn der Organisation.

Warum organisiert sich der Mensch? Um der vereinten Kraft ein errichtetes Ziel setzen zu können, das dem einzelnen freit unerrreichbar bliebe. Dieses planmäßige Zusammenwirken vieler Einzelkräfte macht das Wesen jeder Organisation aus.

Kaiser Verband in der 241. Woche nach Kriegsausbruch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung usw. in der 18. Woche des Waffenstillstandes ist in nachstehender Übersicht dargestellt. Hierzu fehlen die Berichte von nachstehenden Verwaltungsstellen: Graudenz, Gumbinnen, Königsberg, Memel, Posen, Prenzlau, Stargard, Thorn, Teterow, Tilsit, Torgelow, Hagenau, Hindenburg, Kirchberg, Rattowitz, Königsbütte, Weiße, Zawadzki, Eberswalde, Kirchheim, Oranienburg, Seiftenberg, Torgau, Werder, Gähnitz, Oberndorf, Reichenbach i. Vogtl., Riesa, Arnern, Werka, Blankenburg i. Th., Cella, Clausthal, Duderstadt, Gotha, Göttingen, Hintershausen, Almenau, Kaphütte, Mühlhausen i. Th., Neustadt a. D., Nordhausen, Dierode, Drebilnburg, Ruhla, Schmalkalden, Sömmerda, Langermünde, Zeulenroda, Jorze, Cuxhaven, Delmenhorst, Ostermünde, Gießhübel, Glüchardt, Heide, Jöhoe, Leer, Lüneburg, Norden, Oldenburg, Finneberg, Schleswig, Barel, Wegesack, Wedel, Wachen, Düren, Mettmann, Minden, München-Gladbach, Deynhausen, Warnein, Vondorf, Gebach, Geisenheim, Höchst, Kießbach, Koblenz, Marburg, Saarbrücken, Siegen, Trier, Wallau, Wiesbaden, Freudenstadt, Kehl, Lahr, Landrecht, Hörtach, Neustadt a. d. S., Nürtingen, Oggersheim, Pirmasens, Rhenen, Reutlingen, St. Georgen, Schwemingen, Speyer, Trüberg, Ulm, Zweibrücken, Bamberg, Landsberg, Landsküt, Passau, Regensburg, Berlin.

Übersicht über die Zeit vom 9. bis zum 16. März 1919.

Table with 11 columns: Nr., Verwaltung, Mitglieder, Davon, Davon, Davon, Davon, Davon, Davon, Davon, Davon, Davon. Rows 1-11.

Zuf. 321 | 110 | 304027 | 2574 | 7493 | 667 | 96534 | 18067 | 424 | 202306

Das Ziel ist der Neuaufbau unseres Staates, einzig von dessen Gemeinbedürfnissen aus wird der Lohn festgesetzt, etwa durch ein Reichsindustrialamt mit seinen Nebenämtern, wie Amt für Rohstoffbezug, Reichslohnamt, Handelsamt für den Verkauf und Auslandsvertrieb usw. In den Verhandlungen wird regelmäßig die Bilanz der ganzen Industrie durch das Reichsamt veröffentlicht.

Die Gewerkschaft erstreckt durch planmäßige Einsetzung zu sammengesetzter Einzelkräfte die Hebung der Lebenshaltung breiter Arbeiterschichten. Es geht dabei um höheren Lohn, um Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt um die Verbesserung der Wirtschaftslage der Arbeiter. In der Förderung des Gesamtwohls findet der einzelne den Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg geendet. In dem gleichen Maße, wie der einzelne am gemeinsamen Werke tätig ist, vergrößert sich sein wirtschaftlicher Wohlstand.

Das gleiche Verfahren sichert auch die Erfolge der anderen, gleich notwendigen wirtschaftlichen Organisation, der Zusammenfassung der Verbraucher. Die Konsumvereinsbewegung ist die Zusammenfassung der einzelnen Verbraucher zu dem Zweck, dem erarbeiteten Lohn die wirtschaftlich mögliche Kaufkraft zu sichern. Jersplitterte Kräfte sind nicht nur in der Gütererzeugung, sondern ebenso auch in der Güterverteilung ohnmächtig. Der durch die gewerkschaftliche Macht errungene hohe Lohn ist an sich noch lange nicht in höchstmöglicher Weise kaufkräftig. Das gleiche Streben nach persönlichem Gewinn, das den Lohn drückt, den Arbeitsertrag nicht so zur Verteilung gelangen läßt, daß der Arbeit die ihr zukommende Gegenleistung zukommt, verhindert auch die volle Auswirkung der Kaufkraft des Lohnes. Hier wie da — so lehrt es die reichlich genug gesammelte Erfahrung — vermag nur die gewerkschaftliche Gemeinschaftsarbeit vieler Einzelkräfte dem Drängen nach Gewinn Raum und Jügel anzuzeigen. Sich das eindringlich vor Augen zu führen, die Jügel an den rechten Weg zu führen, ist gerade jetzt besonders angebracht, wo im Leben unseres Volkes einfach alles auf planmäßige Durchbarmachung aller aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch geretteten Kräfte ankommt. Der Gedanke, der unserer Gewerkschafts- und Konsumvereinsarbeit Leitgedanke ist, vermag sogar vom einseitigsten Verstande als richtig erkannt zu werden. Darum einmal selbst hinein in diese Organisationen und dann auch tatkräftig gearbeitet, damit deren Ring möglichst bald geschlossen werde.

Sozialfizierung und Arbeitsmethode.

Unter dieser Epithete schreibt die Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz für die Gewerkschaftszeitung (Nr. 10 vom 11. März): Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut der Nation steht unter dem Schutze des Reiches. Diese beiden Sätze stehen an der Spitze des Entwurfs eines Sozialfizierungsgesetzes, das gegenwärtig das deutsche Parlament beschäftigt. Der erste Satz enthält für alle geistig und körperlich Arbeitenden eine Verpflichtung, nämlich die, ihre Kräfte so zu betätigen, wie es das Gesamtwohl erfordert. Für diese eingehende Verpflichtung schützt das Gesetz die Arbeitskraft, wie im zweiten Satze dargelegt. Es ist festzuhalten: Ohne eine Anwendung der Arbeitskraft, wie es das Wohl der Gesamtheit fordert, keinen Schutz der Arbeitskraft. Führt nun die Arbeitskraft immer jene geforderte Verwendung? Hier muß leider gesagt werden, daß das hinsichtlich der angewandten Methode bei der Ausübung der Arbeitskraft durchaus nicht immer der Fall ist. Die Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb auf vielen Gebieten unserer Wirtschaft ist ja wohl kein Geheimnis mehr. Der Gedanke, die technische Überlegenheit des Großbetriebes als Mittel zur Errichtung der Gemeinwirtschaft zu benutzen, ist zum Gemeingut fast des ganzen Volkes geworden. Die Intenivierung des Arbeitsprozesses, um die höchstmögliche Entwicklung der Produktivität der Arbeit zu erreichen, ist doch gerade Voraussetzung zum Aufbau der Gemeinwirtschaft. Statt nun diese Voraussetzung zu schaffen, treffen Sachverständige für das Vordereinander Maßnahmen, die auf eine Lahmlegung der großbetrieblichen Leistungsfähigkeit zugunsten der rückständigen Kleinbetriebe hinauslaufen. An dem Sachverhalt ist nicht zu rütteln; doch hält das die Vordereinander nicht ab, nach weiterer Schärfung der Großbetriebe zu rufen, wobei sie ihre großbetrieblichen Wünsche in dem Maße zusammenfassen: Wegen die Begünstigung der Konsumvereine. Am liebsten würden die Kleinmeister der Großbetriebe das Wohl ganz freieren, damit sich die längst erzielte Überlegenheit der Großbetriebe in eine Herabsetzung der Arbeitsleistung um 100 Prozent umwandeln. Dann wäre doch endlich einmal erwiesen, daß die Großbetriebe der Konsumvereine überflüssig sind.

Daß den Kämpfern um die Vereinigung rückständiger Arbeitsmethoden Hilfe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern kommt, ist sehr bedauerlich. Um so notwendiger aber ist es, die Wahrheit zu sagen, auch dann, wenn sie unangenehm wirkt. Der Vernachlässigung der Vordereinanderbetriebe durch unzureichende Mobilisierung schafft die Lasten nicht aus der Welt, daß ohne das Bestehen der Großbetriebe im Vordereinanderbetriebe während der Kriegszeit zweifellos die Produktionswerte eine geringere, der Preis ein höherer und der Kohlenverbrauch weit jücker gewesen wäre. Wer die Verhältnisse kennt, wird wissen, daß:

1. nur in den Großbetrieben eine scharfe Kontrolle möglich ist,
2. in ihnen die sauberste Betriebsweise herrscht,
3. sie einen um 53 Prozent höheren Lohn gewähren bezw. eine entsprechend längere Arbeitszeit,
4. die Unterbringung einer größeren Anzahl von Familien möglich ist als in Kleinbetrieben,
5. die Unterbringung in Großbetrieben eine mindestens 30prozentige Kohlenersparnis gegenüber den Kleinbetrieben bedeutet.

Mit Recht ist auch festzustellen, daß diese Verdrängung der Produktivität leistungsfähiger Großbetriebe eine genaue Umkehrung der ersten Voraussetzung zur Sozialfizierung ist, wonach die Arbeitskraft sich nur so zu betätigen hat, wie das Wohl der Gesamtheit es erfordert. Nichts Schlimmeres könnte geschehen, als wenn das gegebene Beispiel Nachahmung fände.

Lohn und Lebenshaltung.

Reben dem Mangel an Kaufkraftmangel erschwert die Enge nach einem Anstieg zwischen dem Einkommen und den Kosten der Lebenshaltung des Wirtschaftlichen unseres Volkes. Und nicht nur unseres Volkes. In Frankreich wird gegenwärtig ein solcher Versuch gemacht, der sich mit Erfolg auf die Verbrauchergewerkschaften stützt. Die französische Kriegswirtschaft war nicht nur die deutsche durch Gewinnung von Kriegsgewinnen zu möglicher höchster Leistung angepaßt worden. Nur ein bestimmter, vorher festgelegter Anstieg auf die Herstellungskosten wurde den Konsumgüterherstellern gestattet. Demzufolge erreichte auch die Steigerung der Löhne in Frankreich bei weitem nicht die Höhe wie in Deutschland. Da andererseits die Steigerung der Preise oder wichtiger Bedarfsartikel, Lebensmittel usw. auch in Frankreich in ausgedehnterem Maße vor sich ging, so mußte von Staats wegen ein Anstieg geschaffen werden, um die Lebenshaltung der unteren Bevölkerung nicht auf ein unzulänglichstes Maß herabzudrücken. Dies Parlament wurde ein Kredit von 50 Millionen Franken bewilligt zur Förderung der Gründung und Unterhaltung von gewerkschaftlichen Sparvereinen. Der Gesetzgeber wurde von derartig folgenden Aussagen begleitet:

Sie haben die Absicht, in den Industriestädten Kantinen und Gewerkschaftsvereine zu gründen im Zusammenhange mit dem Konsumgütergewerkschaftsverband und den interessierten Gewerkschaften.

Sie wollen weiter eine feste einheitliche Regel verschärfen, noch Einrichtungen vornehmen, um gebunden an den guten Willen der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Organisationen und an die Verantwortung zu sein.

Sie eröffnen den Departements, den Gemeinden und Gewerkschaften Kantinen, um Arbeitern in industriellen und gewerkschaftlichen Betrieben bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Einrichtungen für gemeinsame Bedürfnisse.

Sie erwarten, bei dieser Gelegenheit den hohen Preis der Lebensmittel zu erniedern. Sie erklären ganz klar, wenn die Regierung

der Arbeiterbevölkerung zu Hilfe zu kommen wünsche, so brauche sie nur den bestehenden Gastwirtschaften und Speisehäusern die nötigen Nahrungsmittel und Getränke zu den günstigsten Bedingungen zur Verfügung zu stellen gegen Abgabe des formellen Versprechens, diese Vergünstigungen den Verbrauchern zugute kommen zu lassen.

Arbeitskleidung steuerfrei, Gewerkschaftsbeiträge nicht.

Die Generalkommission richtete am 8. März an das Preussische Finanzministerium das Ersuchen, die Steuerbefreiungen anzuweisen, daß von dem zu veranlagenden Einkommen der Arbeiter Abzüge in Höhe der Ausgaben für Arbeitskleidung und für Gewerkschaftsbeiträge zulässig sind. Der Finanzminister hat auf die Eingabe unter dem 19. März folgenden Bescheid erteilt:

Die Mehrkosten, d. h. die über den persönlichen außerberuflichen Bedarf hinausgehenden Kosten, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre besondere berufliche Tätigkeit für Arbeitskleidung erwachsen, sind als „Werbungskosten“ nach § 8 I des Einkommensteuergesetzes vom Hoheinkommen aus gewinnbringender Beschäftigung abzugsfähig. Die Steuerbehörden sind seitens des Finanzministers mehrfach auf angemessene Berücksichtigung dieser Abzüge hingewiesen worden und ich darf annehmen, daß im allgemeinen hiernach verfahren wird. Sollten in Einzelfällen trotzdem für berechtigt erachtete bezahlte Abzüge von den Steuerbehörden nicht zugelassen werden, so steht es den Steuerpflichtigen frei, mittels der gesetzlichen Rechtsmittel die Veranlagung anzugreifen.

Falls in irgend einem Veranlagungsbezirk der Abzug für Arbeitskleidung allgemein verweigert sein sollte, wäre mir Mitteilung hierüber erwünscht.

Nach der geltenden Fassung des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind dagegen die Gewerkschaftsbeiträge nicht abzugsfähig. Sie fallen nicht unter die in § 8, 1-5 des Einkommensteuergesetzes als abzugsberechtigt aufgeführten Beiträge zu den behördlichen Berufsämtern, sind auch nicht nach § 8 II 3 a. O. zum Abzug zugelassen, weil sie dem zu ihrer Entrichtung Verpflichteten keinen klagbaren Anspruch auf bestimmte, in den Rahmen jener gesetzlichen Vorschriften fallende Vorteile gewähren und können endlich auch nicht nach § 8 I 1 als allgemeine Werbungskosten in Betracht kommen, weil sie nicht unmittelbar der Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung des Quellenertrags dienen. Die gewünschte Ausdehnung der Abzugsfähigkeit auf die Gewerkschaftsbeiträge kann daher nicht vom Finanzminister im Verwaltungswege, sondern nur im Wege der Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingeführt werden. Ob das angängig ist, wird bei Gelegenheit einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes erwogen werden. (gez.) Dr. Südekum.

Vom Schiffbau.

Vor dem Kriege waren die Engländer bei weitem die größten Schiffbauer der Welt. Wie sich dies geändert hat, geht aus folgender Zusammenstellung in Lloyd's Register hervor:

| | 1913 fertiggestellte Schiffe Tonnas | 1. Januar 1910 im Bau begriffene Schiffe Tonnas |
|--------------------|-------------------------------------|---|
| England | 1932158 | 1979952 |
| Englische Kolonien | 49339 | 278711 |
| Dänemark | 40932 | 72149 |
| Frankreich | 176095 | 51690 |
| Niederlande | 104296 | 212512 |
| Italien | 60268 | 133010 |
| Japan | 64664 | 278140 |
| Norwegen | 50697 | 87758 |
| Schweden | 18524 | 99689 |
| Vereinigte Staaten | 276448 | 3645919 |
| Andere Länder | 570438 | 102595 |
| Im ganzen | 3852882 | 6921989 |

(1760 Schiffe) (189 Schiffe)

Unter den „anderen Ländern“ befand sich Deutschland 1913 mit 465228 Tonnas und Österreich mit 61757. Für 1919 fehlen die Angaben aus diesen beiden Ländern. Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß die Amerikaner jetzt die größten Schiffbauer der Welt geworden sind. Früher scheiterten die Schiffbaubestrebungen stets an den höheren Löhnen, die in den Vereinigten Staaten gezahlt werden mußten. Der Umschwung ist hauptsächlich dem U-Boot-Krieg zu verdanken. Sehr groß ist auch die Zunahme in Japan. England konnte seinen Schiffbau nicht wesentlich steigern; außerdem sollen die neuen Schiffe schlechter sein als die älteren.

Vom Ausland

Ungarn.

Der ungarländische Eisen- und Metallarbeiter-Verband im Jahre 1918. Der Verband hatte am Anfang des vorigen Jahres 80984 Mitglieder. Es traten ein 64601. Getrieben wurden 61952, so daß am Ende des Jahres 80673 Mitglieder vorhanden waren. Von den neu eingetragenen Mitgliedern kamen auf Budapest 52 v. H., auf das Land 48 v. H.; von der Gesamtzahl der Mitglieder entfallen auf Budapest 51 v. H., auf das Land 49 v. H. Die Gesamtannahme betrug einschließlich eines zu Beginn des Jahres vorhandenen Restbestandes von 222315,74 Kronen am Ende des Jahres 3175465,76 Kr. Darunter waren 1192015,30 Kr. Beiträge und ein staatlicher Unterstützungsvorschuß von 202666 Kr. Ferner befindet sich darunter ein Betrag von einer Million Kronen, die Csepel's Kollegen zusammengebracht und dem Verbande zur Verfügung gestellt haben. Der Vorstand beabsichtigt, dafür ein Schulungsheim und ein Sanatorium für Ungarn zu errichten. Nachdem haben die Kollegen in Csepel wiederum 100000 Kronen zusammengebracht, die dem Silber- und Goldfonds zur Verfügung gestellt wurden. Ausgegeben wurden in ganzen 2943199,45 Kr., davon für Unterhaltungen 369610,59, für Bildungszwecke (mit Einschluß der Taschenrechner) 61135,10, Organisationskosten 67421,12, Personal- und Sachanlagen 478016,88 Kr. Das Reinerlösnis betrug am Ende des Jahres 2657174,83 Kr.

Dänemark.

Bemerkungen an Arbeitszeiterhöhung. Am 24. Februar richtete der Minister des Innern (Sozialdemokrat Th. Stauning) an den Vorstand des Gewerkschaftsverbandes die Mitteilung, daß er beabsichtige, einen Anstieg von 28 Mitgliedern einzuführen, der die Aufgabe hat, Arbeit zu aus dem Ausland herbeizuführen über die Länge der Arbeitszeit und was damit in Verbindung steht; ferner einen Anstieg der Arbeitszeit über die Arbeitszeit in Handwerk, Industrie, Landwirtschaft und Schiffahrt, samt Regeln für Abänderungen von der gesetzlichen Arbeitszeit. Der Anstieg soll befristet sein, eine längere Arbeitszeit vorzunehmen für solche Berufe, wo die Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter für als wünschenswert erachtet wird. Die Arbeiter des Anstieges sind so zu befristen, daß der Beschäftigte zu einer gesetzlich festgelegten Arbeitszeit für Handwerk und Industrie am 1. Juli 1919 vorliegen kann und für die übrigen Berufe am 1. Oktober. Der Gewerkschaftsverband wurde ersucht, zu diesem Anstiege vier Mitglieder zu stellen. Sogar vor der Errichtung dieses Anstieges hatte der Gewerkschaftsverband mit dem Unternehmerverbande ein Abkommen getroffen, wonach von jeder Seite fünf Mitglieder unter dem Vorbehalt des Departementschiffes Th. Jensen am 1. Juli zusammenzutreten sollen, um die Arbeitszeiterhöhung in Dänemark und Island und die Möglichkeit einer Regelung der Arbeitszeit zu untersuchen.

Der von der Regierung angelegte Anstieg begann seine Verhandlungen am 10. März. Er sollte verschiedene Unterabteilungen des Anstieges mit dem Unternehmerverbande eingeleitet werden, hat aber ebenfalls seine Tätigkeit begonnen. Dieser hat sich nur mit der Industrie zu beschäftigen.

Niederlande. Einkaufsvereinigungen. Die Schwierigkeiten, Rohstoffe für das Metallgewerbe zu erlangen, ohne allzu hohe Preise zahlen zu müssen, haben vor geraumer Zeit zur Errichtung einer Handelsvereinigung von Metallindustriellen geführt. Sie besteht hauptsächlich aus den bedeutendsten Werften und Maschinenfabriken. 1917 gründete diese Vereinigung eine Einkaufsgenossenschaft, der die meisten Mitglieder ebenfalls beitraten. Auch andere Großverbraucher von Eisen und Stahl, zum Beispiel das Marineministerium, Eisenbahn- und Straßenbahngesellschaften, ferner Bergwerke, wurden Mitglieder. Als die Genossenschaft auch zum Einkauf von Werkzeugen, Gerätschaften u. dergleichen, schlossen sich ihr auch die meisten Gasanstalten, elektrischen Zentrallen und Wasserwerke an. 1918 wurden für ungefähr 8 Millionen Gulden Aufträge ausgeführt. Eine gleiche Anzahl von Aufträgen konnte aus Mangel an Rohstoffen nicht erledigt werden. Außer dieser großen Einkaufsvereinigung bestehen noch mehrere kleinere derartige Genossenschaften, so für die kleineren Werften, die Eisengießereien, die Gelbgießereien, für Eisenbahn- und Straßenbahngesellschaften und Elektroinstallateure. (Nach den Nachr. f. Handel, Industrie u. Landwirtschaft, Nr. 60 v. 24. März)

Schweden.

Suche nach deutschen Arbeitern. In Nr. 18 von Metallarbeitern lesen wir folgendes: Aus Deutschland wird mitgeteilt, daß Luth & Rosens Elektrische Aktiengesellschaft in dem genannten Lande für ihre Fabrik in Stockholm Arbeiter sucht. Das erscheint uns nicht neu und merkwürdig, da es sich nämlich schon früher gezeigt hat, daß ein Teil der Unternehmer geneigt ist, ausländische Arbeiter einzustellen unter Verdrängung der Schwedischen. Was aber größere Aufmerksamkeit erweckt, ist, daß das Unternehmen den deutschen Arbeitssuchenden einen Stundenlohn von 1,75 Kronen anbietet, also weit mehr als die schwedischen Arbeiter haben. Nur ausnahmsweise können diese durch harte Arbeit auf den Verdienst kommen, der jetzt als Stundenlohn angeboten wird. Der Vorstand des Werkstatthubs in diesem Betriebe hat auf Anfrage bei der Betriebsleitung die Bestätigung erhalten, daß die Firma wirklich Arbeiter in Deutschland sucht, daß es sich jedoch um besonders geschickte Arbeiter handle, wie sie in Schweden nicht gefunden werden.

Diese Erklärung erscheint uns nicht als gänzlich zufriedenstellend. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo in der schwedischen Metall- und Maschinenindustrie die Arbeitslosigkeit mit jedem Tage zunimmt, müßte man es als die Schuldbigkeit unserer Industriellen ansehen, zunächst schwedische Arbeiter zu beschäftigen. Jene, welche größere Schwierigkeit, unter diesen geschickten Arbeitskräfte zu finden, kann nicht vorliegen, besonders wenn man zufriedenstellende Löhne zahlen will. Was möglicherweise an gewissen besonderen Kenntnissen fehlen kann, können diese leicht erlernen.

Wir erwänten schon, daß die Unternehmer eine gewisse Neigung gegen ausländische Arbeiter heranzuziehen. Im Anschluß daran erinnern wir, daß die auf diese Weise herbeigezogenen Arbeitskräfte nicht selten bedeutend überschätzt wurden und die Unternehmer sich in ihnen verrechneten.

Mit diesen Bemerkungen haben wir uns natürlich nicht zum Sprecher für die Auffassung gemacht, daß ausländische Arbeiter grundsätzlich ausgeschlossen werden sollen, aber wir finden es unpassend, daß man während der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit solche anstellt und wir sehen müssen, daß man die schwedischen Arbeiter gering achtet, dagegen die ausländischen höher schätzt. — Soweit unser schwedisches Bruderblatt. Wir fügen diesen Ausführungen noch die Warnung hinzu, daß die Anwerbung deutscher Kollegen im Ausland leicht zu einer Enttäuschung führen kann. Vor dem Kriege haben wir dergleichen oft genug erlebt und wir haben keine Sicherheit, daß es sich nach dem Kriege nicht wiederholen wird.

Verbands-Anzeigen

Mitgliederveranstaltungen.
Samstag, 19. April:
Bunglau. Deutsches Haus, 9 Uhr.
Oydenf. Alter Schützenhof, 8 Uhr.
Sonntag, 20. April:
Bogen (Elektromonteur, Mechaniker und Helfer). Berghaus, Poch- und Goldbergstrassen-Ste. 10 Uhr.
Gondersberg. Gewerkschaftshaus, 5 Uhr.
Samstag, 26. April:
Helsen. Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.
Dienstag, 29. April:
Leipzig. Volkshaus, Zeitzerstr. 33, 7 Uhr. Generalversammlung.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.
Seidenheim. Aalen. Wasseranstalten. Die hiesige Ortsverwaltung stellt sich zum sofortigen Eintritt eines weiteren Geschäftsführers. Berechnet wird auf eine gute Kraft. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied unserer Organisation und mit allen Verwaltungs- und Agitationsfragen vertraut sein. Die Besetzung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Weßlau und Köln. Gehaltstufe 3. Verliche Feuerungs- zulage wird zugesichert, die Beschlüsse der Ortsverwaltung vor. Bemerkung: Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verband angehören, organisatorische und agitatorische Fähigkeiten haben, rechnerisch gut begabt sowie mit den Wasserwerkverhältnissen und sonstigen Einrichtungen des Verbandes vollständig vertraut sein. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen von Weßlau und Köln. Dienstjahre werden angerechnet. Bewerbungen, aus denen Aalen, Beruf und bisherige Tätigkeit hervorgehen, sind bis zum 15. April an den Bevollmächtigten Seb. Seiger, Heidenheim (Kr.), Schulstr. 18, 1. verschlossen mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen.
Sippstadt. Die hiesige Ortsverwaltung stellt sich zum sofortigen Eintritt eines Geschäftsführers. Es wird nur auf eine erste Kraft gerechnet. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verband angehören, organisatorische und agitatorische Fähigkeiten haben, rechnerisch gut begabt sowie mit den Wasserwerkverhältnissen und sonstigen Einrichtungen des Verbandes vollständig vertraut sein. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Weßlau und Köln. Gehaltstufe 3. Verliche Feuerungs- zulage wird zugesichert, die Beschlüsse der Ortsverwaltung vor. Bemerkung: Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verband angehören, organisatorische und agitatorische Fähigkeiten haben, rechnerisch gut begabt sowie mit den Wasserwerkverhältnissen und sonstigen Einrichtungen des Verbandes vollständig vertraut sein. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen von Weßlau und Köln. Dienstjahre werden angerechnet. Bewerbungen, aus denen Aalen, Beruf und bisherige Tätigkeit hervorgehen, sind bis zum 15. April an den Bevollmächtigten Seb. Seiger, Heidenheim (Kr.), Schulstr. 18, 1. verschlossen mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen.

Sonstige Anzeigen

(Büchlein bei die Arbeitergesetze sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)
Durch Verfügungen der Militärbehörden wurden seit Ende 1915 von uns alle Inserataufträge für die Metallarbeiter-Zeitung abgelehnt. Nachdem die Hindernisse eingestrichelt und die Demobilisierung des Heeres bereits durchgeführt ist, sind die bisherigen Hindernisse für die Aufnahme von Inserataufträgen beseitigt. Wir nehmen nunmehr wieder Inserate unter den nachstehenden Bedingungen in der Metallarbeiter-Zeitung auf. Bei Inseraten, die die Stellenvermittlung betreffen, muß die Firma (des Arbeiter suchenden oder Stellen anbietenden Geschäftsführers) sowie der Geschäftsführer des Auftraggebers ersichtlich sein. Von Firmen, die mit ihrem Personal in Differenzen stehen, werden Inserate nicht angenommen. Der Preis für die sechsgeheften Anzeigenblätter oder deren Raum beträgt 1,50 Mark für die sechsgeheften Anzeigenblätter (Werbungsmittel) 3.— Mark. Bei Schrift-Insertaten fällt das Porto für Zustellung der Offerten in Kosten des Auftraggebers. Von dem Verlag sind an den Auftraggebern für die Inseratentnahme Preisgeld mittig bei der betreffenden Zeitungsnummer vorausgehenden Woche. Geschäftsinsinieren finden keine Aufnahme.
Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.
*) Die Zeitschrift sucht tüchtiger Helfer oder Botenarbeiter, auch ganz besonders geschulten und erfahrener Arbeiter, der in Konkurrenz vollständig Bescheid weiß.
Junters & Comp., Bessen.
**) Mehrere Maschinenreparaturwerkstatt in Kapfede werden auf sofort mehrere Maschinenflicker und Eisendreher gesucht. Gute Verpflegung. Landwehrstraße 10, Kapfede.
*) Generelle tüchtige Silberflicker, welche besonders auf echt Silberne sofort gesucht. Andere Reparaturen zweifelslos. Sehr gut eingearbeitet sind.
Franz Bahner, Alten-Def., Düsseldorf, Bolwerdstraße 80.
Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.